

---

# Die drei Europas. Wie die Integration zu neuen Spaltungen in Europa führte und wie man diese durch abgestufte Integration überwinden könnte

## 2

Max Haller

---

### 2.1 Einleitung

Die erschreckenden Ereignisse in der Ukraine und die „Annexion“ der Halbinsel Krim durch Russland haben einmal mehr aufgezeigt, wie wichtig eine klare Haltung der Europäischen Union zur Frage ihrer zukünftigen Erweiterung ist. Die schwere Krise in der Ukraine hat ihren Ausgang ja gerade an den widersprüchlichen Haltungen zur EU genommen; die oft mehrdeutigen Signale in dieser Richtung, welche von manchen VertreterInnen der EU ausgesandt wurden, haben ohne Zweifel mit zu diesen dramatischen Ereignissen beigetragen. In diesem Beitrag wird die These entwickelt, dass die Frage der Erweiterung der EU mit einem zentralen Identitätsproblem zusammenhängt, dessen Klärung bzw. Lösung Voraussetzung dafür ist, dass sich in ganz Europa und ihren Nachbarregionen in Nordafrika und im Nahen Osten wechselseitig nutzbringende Wirtschaftsbeziehungen entwickeln und ein Klima des Vertrauens entsteht, das wegführt von den heutigen Konfrontationen und Abschottungstendenzen und hin zu einem umfassenden, prosperierenden und friedlichen großen Wirtschafts- und Sozialraum „Europa“. Die extreme Arbeitslosigkeit in Südeuropa, die gesellschaftlichen und politischen Verwerfungen im post-kommunistischen Osteuropa, und die dramatischen Schicksale von Flüchtlingen und Migranten im Mittelmeer sind durchwegs Indikatoren dafür,

---

M. Haller (✉)

Institut für Soziologie, Universität Graz, Universitätsstraße 15, Bauteil G/IV, 8010 Graz, Österreich

E-Mail: max.haller@uni-graz.at

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2015

W. Aschauer et al. (Hrsg.), *Solidaritätsbrüche in Europa*,

Europa – Politik – Gesellschaft, DOI 10.1007/978-3-658-06405-1\_2

dass es in einem umfassender verstandenen Europa massive neue Probleme gibt, die tiefgehende Solidaritätsbrüche indizieren. Im Zeitalter der Globalisierung wird von vielen Seiten zu Recht gefordert, Solidarität nicht mehr nur auf den Nationalstaat zu beziehen; es wäre verhängnisvoll, wenn die Europäische Union sich nur als Nationalstaat auf höherer Ebene verstehen und sich nach außen wieder stärker abschotten würde.

Die zentrale These dieses Beitrags lautet, dass Vertiefung und Erweiterung parallel und unkoordiniert erfolgten; es war gerade die zu schnelle Erweiterung und die zu starke institutionelle Vertiefung – oder besser: Zentralisierung – der EU, die diese Krisen selbst erst erzeugt und zu der neuen Spaltung in einen von den Folgen der Krise schwer getroffenen Süden und einen prosperierenden „Norden“ beigetragen hat. Die Lösung der Krise kann daher nicht in einer weitergehenden institutionellen Vertiefung der Union liegen, sondern in einer Besinnung darauf, welche Ziele regionale Integration grundsätzlich verfolgen kann (vgl. dazu Haller 2011) und welche Erfolge die EU in dieser Hinsicht wirklich aufzuweisen hat. Der Beitrag ist in drei Teile gegliedert. Im folgenden Teil werden einige besonders kritischen Schritte des bisherigen Erweiterungsprozesses diskutiert; im zweiten Teil geht es um die Folgen der institutionellen Integration der EU, insbesondere die Rolle, welche die Idee des „universalen Marktes“ dabei spielte und die negativen Effekte der Redistributionsmaßnahmen der EU durch Agrar-, Regional- und Strukturpolitik; im letzten Teil werden die Implikationen der Befunde für die weitere institutionelle Vertiefung und geographische Erweiterung der EU diskutiert.

---

## **2.2 Neue Weltmacht Europa – die latente Motivation für problematische EU-Erweiterungsprozesse**

Die Saat für die Krisen von Griechenland und Zypern wurde schon durch ihre Aufnahme in die EU gelegt. Aber auch in anderen Fällen wurden durch Erweiterungen bzw. Aufnahme von Staaten, welche die Voraussetzungen für den Beitritt nicht erfüllten oder nicht bereit waren, sie voll zu akzeptieren, die Keime für bis heute andauernde und ungelöste Missverständnisse und Konflikte gelegt. Hinter vielen dieser Erweiterungen stand eine Vorstellung, die man im Anschluss an H. A. Winkler als „Vision von Großeuropa“ bezeichnen kann.<sup>1</sup> In der Geschichte der Ideen zur europäischen Integration ist dies keine neue Vision. Schon der Abbé de Saint Pierre (1658–1743), der nach St. Helena verbannte Napoleon, Friedrich

---

<sup>1</sup> Heinrich A. Winkler, „Europa an der Krisenkreuzung“, Frankfurter Allgemeine Feuilleton, 15.8.2010.

Nietzsche, vor allem aber der unermüdliche Europa-Kämpfer Richard Coudenhove-Kalergi (1953) hatten eine solche Vision. Sein Konzept sah – nicht unähnlich Huntingtons *Great Civilisations* (1996) – fünf Weltmächte vor: neben „Paneuropa“ das Britische Commonwealth, Russland, Indien, sowie Ostasien mit China und Indien. Paneuropa sollte auch die europäischen Kolonien vor allem in Afrika einschließen. Demokratische Ideen spielten für all diese Autoren keine Rolle (vgl. Haller 2009, S. 365 ff.).

Die Gründung der EWG im Jahre 1957 umfasste sechs Staaten, die alle dem kontinentalen, zentral- und westeuropäischen Raum angehörten. Der EWG-Vertrag formulierte aber auch schon in der Präambel das vage, aber weitgehende Ziel, „die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen“. Bei diesen sechs Staaten handelte es sich um eine Gruppe von Ländern, die seit jeher eng miteinander verflochten gewesen waren, die sich auch kulturell sehr nahestanden und die in vieler Hinsicht ähnliche Institutionen aufwiesen.

Der Beitritt Großbritanniens, gemeinsam mit Irland und Dänemark, erfolgte in der ersten Erweiterungsrunde der EG 1973. Diese Erweiterung muss bereits als problematisch angesehen werden. Großbritannien war bis ins 20. Jahrhundert hinein ein weltweit ausgerichtetes Imperium; der neue *Commonwealth of Nations* ist auch heute noch aktiv, ebenso sind die Beziehungen zu den USA weiterhin sehr eng; Großbritannien hat vielfach ganz andere Institutionen als Kontinentaleuropa. In Großbritannien gab es daher nicht ohne Grund seit jeher höchst kontroverse Haltungen zum EG-EU-Beitritt. So forderte die Labour-Regierung bereits 1974 Neuverhandlungen, in denen sich Großbritannien Sonderbedingungen erstreiten konnte, die bis heute umstritten sind. In der Folge (1975) stimmte zwar eine große Mehrheit der BritInnen (67,2%) in einer Volksabstimmung dem Verbleib in der EG zu. Der „Britten-Rabatt“ wurde jedoch durch Margaret Thatcher 1984 zementiert; er wurde begründet dadurch, dass Großbritannien weniger von den EG-Agrarsubventionen profitierte. Großbritannien erhandelte sich weiters ein zeitweises *Opt-out* von den sozialpolitischen Bestimmungen des Maastricht-Vertrags; bei der Erarbeitung der Charta der sozialen Grundrechte für die Verfassung für Europa war es einer der Hauptbremsen. Heute blockiert Großbritannien wirksame Regulierungen des Bankensystems und der Finanzmärkte, nicht zuletzt unter dem Einfluss der starken Lobbys der Londoner City, einem der größten Finanzplätze der Welt.

Besonders problematisch war die zweite Erweiterung der EU im Süden durch den Beitritt von Griechenland 1981. Dort war erst kurz zuvor eine Militärregierung abgelöst worden und das Land hatte äußerst gespannte und konfliktbehaftete Beziehungen zur Türkei. In der EU und insbesondere in Deutschland hegte man daher große Vorbehalte, vor allem in Bezug auf die nachhinkende griechische Wirtschaft

und die absehbare Notwendigkeit massiver Transferzahlungen. In Griechenland selbst gab es nur unter den regierenden Eliten einhellige Zustimmung; die sozialistische Partei war dagegen, auch in der Bevölkerung bestand alles andere als Enthusiasmus (Stergiou 2012), von der Erfüllung der ökonomischen Beitrittskriterien war das Land noch 1998 weit entfernt. Aus Sicht der EU waren eindeutig politische Gründe – Erweiterung des EU-Einflusses und der Sicherheit des Raumes in dieser kritischen Region – ausschlaggebend für die Aufnahme; das historisch-symbolische Argument von Griechenland als Wiege der europäischen Kultur eignete sich gut als zusätzliche Begründung. Nicht weniger fragwürdig war der Beitritt Griechenlands zur Euro-Zone. Während viele dies wenige Jahre vorher noch explizit ausgeschlossen hatten, wendete sich das Blatt kurz vor der Euro-Einführung plötzlich. Wie im Falle des Euro-Beitritts von Italien und anderen wurden Schein-Transaktionen und Fälschungen von Budgetdaten vorgenommen, um das staatliche Defizit zu reduzieren.

Eine nahezu unendliche, noch immer offene und höchst problematische Frage ist der EU-Beitritt der Türkei. Dieses geographisch Europa und Asien zugehörige, islamische Land verfolgt seit Atatürk (1924–1938) einen entschiedenen Kurs der Integration in den Westen. Seit 1949 Mitglied des Europarats, bewarb sich die Türkei schon 1959 um die Mitgliedschaft in der EWG; 1963 erreichte sie ein Assoziierungsabkommen, 1992 wurde die Türkei assoziiertes Mitglied der WEU, 1996 bildete die EU mit ihr eine Zollunion. 1997 erklärte die EU die Türkei zum realen Mitgliedskandidaten, nahm jedoch – sehr zu deren Verärgerung – keine Mitgliedsverhandlungen auf. 1999 wurde der Kandidatenstatus der Türkei neuerlich bestätigt und 2002/03 nahm sie am Konvent teil, der die „Verfassung für Europa“ ausarbeitete. 2004 wurde offiziell die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen beschlossen, jedoch unter einer Reihe von Auflagen, darunter auch die völlig neue zu prüfen, ob die EU selbst den Beitritt der Türkei verkraften könne. Die Gründe für dieses Verhalten der EU, das man wohl nur als Zickzack-Kurs bezeichnen kann, waren paradigmatisch für das ungeklärte Verhältnis zwischen Vertiefung und Erweiterung. Aus der Sicht der institutionellen Strukturen der EU erklären drei Gründe ihre zögerliche Haltung: Zum Ersten der soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklungsrückstand der Türkei gegenüber Westeuropa, auch im Hinblick auf westliche Standards der Menschenrechte und Demokratie. Zum Zweiten ist die Türkei ein islamisch geprägter Staat – ein problematisches Faktum für all jene, für welche das „christliche Abendland“ die Wiege der EU darstellt. Dieser Umstand wird auch nicht entkräftet durch die Tatsache, dass die Wertorientierungen der TürkInnen heute vielfach europäischen Standards entsprechen (Gerhards 2006). Der dritte Faktor ist die zunehmende Ablehnung des türkischen EU-Beitritts durch eine Mehrheit der Bevölkerungen in mehreren EU-Ländern, vor allem in

Deutschland (Haller 2013). Als Reaktion darauf haben führende PolitikerInnen ihre Meinung gegenüber ihren VorgängerInnen geändert; der französische Präsident Sarkozy und der österreichische Bundeskanzler Schüssel kündigten an, im Falle einer Entscheidung der EU für die Mitgliedschaft der Türkei in ihren Ländern Volksabstimmungen durchführen zu lassen. Es ist keineswegs auszuschließen, dass ein oder mehrere Länder dann tatsächlich gegen den Beitritt votieren würden, womit er unmöglich würde – eine Situation, die enormes Konfliktpotential erzeugen würde. Der Hauptgrund für das Aufnehmen von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei von Seiten der EG/EU waren wirtschaftliche Interessen von Unternehmen sowie geopolitisch-strategische Ambitionen. Dies erklärt auch, warum der Verhandlungsprozess der EWG/EG/EU mit der Türkei ein Paradebeispiel für den elitengesteuerten Charakter des europäischen Integrationsprozesses ist. Keine der einschlägigen Verhandlungen und Beschlüsse war je Gegenstand eines eingehenden europäischen Meinungsbildungsprozesses. Dabei erfolgte auch ein massiver amerikanischer Druck.

Als fragwürdig muss auch die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in die EU im Jahre 2007 angesehen werden. Auch hier spielten wirtschaftliche (Kapital-)Interessen und geostrategische Überlegungen eine wesentliche Rolle – wie übrigens auch bei der sehr raschen Aufnahme der postkommunistischen mittel-osteuropäischen Länder. Bulgarien und Rumänien hatten seit dem Zweiten Weltkrieg bis zur Wende 1989 kommunistische Regierungen mit autoritären Führern (Ceaurescu und Schiwkow); die wirtschaftliche Entwicklung verschlechterte sich zusehends, weite Teile der Bevölkerung verarmten. In den Jahren zwischen Wende und EU-Beitritt konnte sich die Wirtschaft, auch durch Vor-Beitrittshilfen der EU, besser entwickeln, aber massive soziale Probleme bestanden weiter. Die Lösung von politischen Problemen wurde im Blick auf den EU-Beitritt zwar in Angriff genommen, aber bis heute nicht wirklich erledigt, wie die Diskriminierung von Minderheiten und sozialen Randgruppen, Bestechung und Korruption. Die EU-Mitgliedschaft konnte bis jetzt auch nicht wirklich die politische Situation stabilisieren – sehr ähnlich wie in Italien. Heute denkt die EU selber darüber nach, ob sie nicht die Eintrittskriterien für neue Mitglieder verschärfen müsse. Es ist also evident, dass große, ungelöste Probleme der EU heute als Folgen von problematischen Prozessen der Erweiterung zu sehen sind. Im nächsten Abschnitt soll gezeigt werden, dass auch die institutionelle Vertiefung und Zentralisierung zu unvorhergesehenen, negativen Konsequenzen geführt haben.

### **2.3 Entstehung neuer sozialer Spaltungen und Solidaritätsbrüche innerhalb der EU als Folge von Liberalisierung und zentralistisch-bürokratischer Redistribution**

Ein zentrales Ziel der europäischen Integration von Beginn an war die Schaffung eines großen, integrierten Binnenmarktes. Die Durchsetzung der vier Freiheiten – unbehinderter Austausch und Verkehr auf den Güter-, Dienstleistungs-, Kapital- und Arbeitsmärkten – wurde bereits im EWG-Vertrag 1957 formuliert und durch die Einheitliche Europäische Akte 1987 und den Maastricht-Vertrag 1992 voll umgesetzt. Die Schaffung dieses großen Binnenmarktes wurde den 1980er Jahren ergänzt durch eine Politik der Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung. Diesen weltweiten Trend hat die EU selbst – insbesondere die Kommission und der EuGH – eigenständig vorangetrieben (Schmidt 1998; Höpner 2009; Höpner und Schäfer 2010; Höferl 2005). Die EU-Wettbewerbspolitik hat damit den Binnenmarkt entscheidend umgestaltet und zwar nicht nur (wie etwa das deutsche Grundgesetz) in einer „wirtschaftspolitisch neutralen“ Art und Weise. Für das Handeln der Kommission waren nicht ideologische Präferenzen für das neoliberale Gesellschaftsbild ausschlaggebend, sondern ihre Eigeninteressen als korporativer Akteur (Schmidt 1998; vgl. auch Haller 2009; Majone 2009).

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts hat jedoch ein Umdenken stattgefunden. Die Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung haben in vielen Bereichen nicht gehalten, was man sich von ihnen versprach (Höferl 2005). Die Ungleichverteilung von Nutzen und Kosten der Integration zeigt sich deutlich in den Einstellungen zu den Liberalisierungsprogrammen: Während sie von ManagerInnen und ArbeitgeberInnen befürwortet werden, werden sie von ArbeitnehmerInnen und ExpertInnen abgelehnt (Armingeon und Labanino 2012). Mit diesen Maßnahmen haben die Nationalstaaten an Steuerungsfähigkeit eingebüßt, ohne dass sie diese auf europäischer Ebene wieder erlangt hätten. Es entsteht eine Lücke, die nicht nur für den Sozialstaat, sondern für die Demokratie in Europa generell problematische Auswirkungen haben könnte, da sich die Balance zwischen kapitalistischer Ökonomie und demokratisch legitimer Politik zugunsten der Ersteren verschiebt (Scharpf 2003, S. 320; vgl. auch Fitoussi und Le Cacheux 2005; Höpner und Schäfer 2010; Armingeon und Baccaro 2013).

Die problematischen Wirkungen der EU-Maßnahmen zur Realisierung eines „universalen Marktes“ sollen im Folgenden in aller Kürze in drei Bereichen dargestellt werden: Im Bereich der Deregulierung der Finanzmärkte, der Wirkungen der Einführung der gemeinsamen Währung und der Schaffung eines schrankenlosen Arbeitsmarktes.

### 2.3.1 Deregulierung der Finanzmärkte als Ursache für massive Abstiegsprozesse

Die tiefe Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/08 hatte ihren Ursprung in den USA, aber die EU trug selber wesentlich dazu bei, zuletzt vor allem durch die Einführung des Euro. Auch in den USA erfolgte – wie in der EU später – de facto eine Mischung aus Liberalisierungsmaßnahmen und Interventionen (vgl. dazu u. a. Tajalli 2005; Hörl 2011, S. 73 ff.; Marterbauer 2011, S. 33 ff.). Eine starke Reduktion der staatlichen Bankenkontrolle und Politik niedriger Zinsen führten zu einem Bau-boom und steigenden Immobilienpreisen, die einen Kauf- und „Renditerausch“ breiter Schichten auslösten. Zugleich entwickelten sich neue Formen riskanter Kreditgeschäfte (Münch 2009, S. 267). Kurzfristige, auf unmittelbare Gewinne (*share-holder value*) abzielende Finanzgeschäfte gewannen an Bedeutung gegenüber der klassischen Gläubiger-Schuldner Beziehung (Tajalli 2005; Lütz 2008, S. 352; Dörre et al. 2009; Jakubowski et al. 2010). Bei all diesen Innovationen spielten FinanzmathematikerInnen, Finanzbroker und neue Typen von Bank- und Hedge-Fonds ManagerInnen die zentrale Rolle; sie verdrängten die alten, auf Solidarität und Sicherheit bedachten BankerInnen; ihr Hauptziel war die Erzielung hoher Renditen, ihre Gratifikation enorme Einkommen und Gewinnbeteiligungen (Münch 2009, S. 281 ff.; Marterbauer 2011, S. 34 ff.).

In Europa hat sich diese Art eines „extremen Finanzkapitalismus“ (Windolf 2005) nicht durchgesetzt. Es war jedoch von Anfang an klar, dass die der Integration zugrundeliegende neoklassische Effizienztheorie der Integration – wirtschaftliche Vorteile und Sachzwänge erzwingen eine immer weitergehende Integration – auch für den Finanz- und Währungsbereich als relevant angesehen wurde. Schon im EWG-Vertrag stellt die Herstellung der Kapitalverkehrsfreiheit eine der vier Grundlagen des Gemeinsamen Marktes dar. Erste Schritte zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs erfolgten in der EU im Rahmen der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 (Lütz 2008, S. 350). Der entscheidende Katalysator war jedoch die Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung zum 1. Jänner 1999. Hier soll der Fall Irland dargestellt werden, in welchem sich die Liberalisierung des Banken- und Kreditgewerbes zu einem verhängnisvollen Hype auswuchs.<sup>2</sup>

Die irische Krise war keine originäre Staatsschuldenkrise, sondern zuerst eindeutig eine Krise des Banken- und Finanzsystems. Seit dem EU-Beitritt Irlands 2002 strömten massives ausländisches Kapital und ausländische Unternehmen

---

<sup>2</sup> Ein ähnlicher Fall war Zypern, wo neben westlichen auch russische Banken und Anleger eine große Rolle spielten. Das Bankwesen von Zypern war weit überdimensioniert; auch hier bestanden zahlreiche Scheinfirmen; wie in Irland spielten niedrige Besteuerung und laxer Bankenaufsicht eine wichtige Rolle.

nach Irland, das – vor allem für US-Anleger – den Vorteil der gleichen Sprache bot, aber auch durch sehr günstige Steuersätze lockte. Beides kam aber nur zur Wirkung, weil Irland eine sichere Operationsbasis für den großen Euro-Währungsraum bot. Mit den genannten Investitionen wurde ein enormes Wirtschaftswachstum ausgelöst, das Irland vom Armenhaus zu einem der reichsten Länder Europas machte. Ebenfalls dazu bei trugen die massiven Subventionen der EU seit 1973 für die Landwirtschaft und für Infrastrukturprojekte. Der Aufstieg des „keltischen Tigers“ war jedoch zu einem guten Teil auf Sand gebaut. Viele der großen Unternehmen, die Haupt- oder wichtige Niederlassungen nach Irland verlagerten (IBM, Hewlett Packard, Intel usw.), taten dies nur auf dem Papier; in der Krise zogen dann viele wieder ab. Die Expansion des Finanzsektors wiederum beruhte vor allem auf einem Bauboom, ermöglicht durch leichten Zugang zu günstigem Kapital aus dem Ausland, und einer laxen Regulierung des Finanzsektors. 2009 betrug die irische Auslandsverschuldung das Vierfache des BIP. Dabei waren ausländische, vor allem deutsche und französische Geldinstitute maßgeblich beteiligt; 15 der 35 größten irischen Banken waren Ableger deutscher Banken. Nachdem 2007, kurz nach den USA, auch in Irland die Immobilienblase platzte und die Preise in den Boden stürzten, gerieten die Banken in gewaltige Schieflagen. Nun entschloss sich der Staat für die gigantischen Schulden der Banken einzuspringen. Diese staatlichen Rettungsaktionen führten dazu, dass das Budgetdefizit auf 108 % des BNP explodierte. Für breite Schichten der Bevölkerung bedeutete die Krise eine Katastrophe durch Privatkonkurse, den Anstieg der Arbeitslosigkeit auf über 14 % und eine Ausbreitung massiver Armut.

### **2.3.2 Die De-Industrialisierung Südeuropas als Folge der Währungsunion**

Die Einführung einer gemeinsamen Währung als Krönung der WWU war von Anfang an umstritten. Positive wirtschaftliche Erwartungen, die mit ihr verknüpft wurden, waren ein allgemeiner Wachstumsschub durch Beseitigung von Wechselkursrisiken, Einsparung von Transaktionskosten und erhöhte Markttransparenz, sowie höhere Preisstabilität in Ländern mit hoher Inflation (so vor allem in Italien). Mögliche negative wirtschaftliche Folgen sah man vor allem in Deutschland, etwa durch Ansteigen der Inflation. Es ist heute wohl unbestritten, dass der entscheidende Grund für die erfolgreiche Durchsetzung des Jahrhundertprojekts politischer Natur war: Von Seiten Frankreichs der Wunsch, der Abhängigkeit von der Politik der Bundesbank zu entkommen und währungspolitisch an Gewicht zu gewinnen, und von Seiten Deutschlands der Wunsch nach rascher Wiedervereinigung mit der



DDR, die sich Helmut Kohl als Ziel an die Fahnenstange geheftet hatte. In der Bevölkerung war eine Mehrheit dagegen. Das Gleiche galt für zahlreiche ÖkonomInnen in- und außerhalb Deutschlands. Deren Hauptargument war, dass die dem Euro beitretenden Länder nicht die Voraussetzungen für einen funktionierenden Währungsraum bildeten, da es – entsprechend der „Theorie des optimalen Währungsraums“ von R. Mundell – zwischen ihnen keine unbegrenzte Faktormobilität gab, vor allem nicht im Bereich der Arbeitskräfte. Der wohl gewichtigste Einwand war, dass durch die einheitliche Geld- und Zinspolitik der Europäischen Zentralbank die ökonomischen AkteurInnen in traditionellen Hochinflationsländern falsche ökonomische Anreize erhalten und die Nationalstaaten die Möglichkeit verlieren, durch Auf- und Abwertungen Unterschiede in der Entwicklung der Löhne und der Produktivität auszugleichen.

Dies trat in der Tat ein. Es entwickelte sich eine fundamentale, neue Spaltung der Europäischen Union zwischen den südlichen Mitgliedsländern und Irland (abgekürzt GIIPS-Staaten) einerseits, und den exportstarken zentraleuropäischen Staaten nördlich davon, allen voran Deutschland. Die ökonomischen Zusammenhänge lassen sich relativ einfach darstellen (vgl. Müller 1999; Höpner und Schäfer 2010; Maurer 2010; Hörl 2011; Hankel et al. 2011; Bozsoki 2012; Sarrazin 2012; Sinn 2012; Jovanovic 2013). Durch das Absinken der Zinsen in Ländern, die bislang hohe Inflationsraten und Zinsen aufwiesen, werden private und öffentliche AkteurInnen dazu verleitet, hohe Kredite für konsumtive Zwecke aufzunehmen. Damit erfolgen ein Rückgang privater Ersparnisse und ein Zufluss ausländischen Kapitals, mit Preis- und Lohnsteigerungen als Begleiterscheinung. Da der Anstieg der Löhne und Lohnstückkosten nicht durch einen Produktivitätsanstieg gedeckt ist, verteuern sich die für den Export produzierten Waren und die internationale Wettbewerbsfähigkeit sinkt. Solange ein Land noch eine eigene Währung besaß, konnte es darauf bauen, dass durch die laufende stille Inflation seine Schulden de facto zurückgehen oder es konnte durch gezielte Abwertungen den Export fördern. Dies fällt in der Eurozone weg. Auch Regierungen werden animiert, die Staatsverschuldung auszuweiten, weil das starke Wirtschaftswachstum hohe Einnahmen bringt, die Zinssätze jedoch niedrig bleiben. Werden die Ausgaben nur für konsumtive Zwecke und nicht für produktivitätssteigernde Investitionen verwendet, sinkt die Wettbewerbsfähigkeit und aus der Schuldenmechanik kann eine Schuldenfalle werden (Baumgarten und Klodt 2010; Zechner 2012).

Die Folgen der Einführung des Euro kamen schon nach einem Jahrzehnt in dramatischer Weise zum Ausdruck (vgl. Daten in Eurostat 2012; Sarrazin 2012, S. 106 ff.; Sinn 2012): Die Lohnstückkosten 2000–2010 wuchsen in Deutschland nur um 6%, in den GIIPS-Staaten jedoch um 27 bis 30%; es tat sich eine enorme Diskrepanz in der Leistungsbilanz auf: Jene von Deutschland wurde immer besser,

jene der GIIPS-Staaten immer negativer. Die Folge war eine steigende Diskrepanz in den Arbeitslosenraten, in den Zinsen für Staatsanleihen und im Ausmaß der öffentlichen Verschuldung. In all diesen Bereichen gerieten die GIIPS-Staaten in immer größere Schwierigkeiten. Durch die gemeinsame Währung war also – in Gegensatz zu den Erwartungen – eine gefährliche Spaltung der Europäischen Union eingetreten; kritische Stimmen hatten dies schon von Anfang an vorausgesehen.

### **2.3.3 Der schrankenlose Arbeitsmarkt und die Beschäftigungskatastrophe in Südeuropa**

Auch im Bereich des Arbeitsmarkts versprach sich die EU von einer Liberalisierung positive Effekte. Die Freizügigkeit der ArbeitnehmerInnen war seit jeher einer der Eckpfeiler der vier Grundfreiheiten des Gemeinsamen Marktes. Jede/r BürgerIn der Union hat das Recht, in jedem anderen Mitgliedsstaat unter den gleichen Voraussetzungen eine Beschäftigung auszuüben wie ein Angehöriger dieses Staates. Die EU ist bis heute bestrebt, die interne Mobilität zu steigern, weil sie sich damit eine Verbesserung der Beschäftigungssituation verspricht; dieser Bereich gehört zu den notorischen Schwachstellen vieler EU-Mitgliedsstaaten.

De facto war die internationale Mobilität in Europa jedoch seit jeher gering, weit geringer als etwa in den USA. Wenn EuropäerIn heute aus Beschäftigungsgründen einen Ortswechsel in Betracht ziehen, dann allenfalls innerhalb ihres jeweiligen Staates, aber viel seltener darüber hinaus (Hadler 2006). Die Gründe sind die sprachlich-kulturellen Unterschiede, institutionelle Differenzen in den nationalen Leistungen aus Versicherungen und Sozialleistungen und die hohe Ortsverbundenheit und starke nationale Identität der Europäer (Haller und Ressler 2006). Eine völlig andere Entwicklung trat jedoch seit Anfang der 1990er Jahre ein, kurz nach dem EU-Beitritt Spaniens und Portugals 1986. Es setzte eine massive Einwanderung in die südeuropäischen Länder ein, die deren bislang weit unterdurchschnittlichen Ausländeranteile von 1–3% auf EU-Spitzenränge von 8 bis 12% katapultierte. Meine These lautet, dass die Politik der EU, sowohl ihre allgemeine Forcierung der Marktöffnung wie auch jene des Zusammenschlusses von Ländern mit völlig unterschiedlichen institutionellen Voraussetzungen, wesentlich zu dieser massiven neuen Form der Wanderung beigetragen hat, die deshalb als höchst problematisch erscheint, weil in Spanien damit auch die Arbeitslosigkeit besonders stark gestiegen ist (vgl. auch Agrela 2002; Lopez-Sala und Ferrero-Turrión 2009; Èltetö 2011; Sinn 2012, S. 98). Die Integration der MigrantInnen in den spanischen Arbeitsmarkt wurde erleichtert durch dessen extreme institutionelle Spaltung in einen privilegierten Sektor mit gut abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen und

Solidaritätsbrüche in Europa

Konzeptuelle Überlegungen und empirische Befunde

Aschauer, W.; Donat, E.; Hofmann, J. (Hrsg.)

2016, VIII, 262 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-06404-4